

IG Metall Ortsfrauenausschuss

Antworten

1. Wie kann aus Ihrer Sicht die Entgeltlücke zwischen Mann und Frau überwunden werden? Wie stehen Sie persönlich dazu und wie steht ihre Partei dazu?

Im GRÜNEN Wahlprogramm steht: „Wir streiten für das Prinzip „gleicher Lohn für gleiche Arbeit am selben Arbeitsplatz“ für alle Arbeitnehmer*innen.“

Dieses Ziel teile ich vor allem, weil ich selbst immer berufstätig war und Ungerechtigkeiten erlebt habe.

Wir wollen ein effektives Entgeltgleichheitsgesetz, das auch für kleine Betriebe gilt. So können Tarifverträge und Vereinbarungen auf Diskriminierung überprüft werden.

Soziale Berufe, in denen überwiegend Frauen arbeiten, werden nicht angemessen bezahlt. Sie verdienen mehr Wertschätzung und bessere Arbeitsbedingungen, insbesondere durch einen Tarifvertrag „Soziale Dienste“, der dann für alle gelten soll.

Unser Ziel ist es, Minijobs in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung umzuwandeln und dafür zu sorgen, dass die Beiträge durch Steuern und Abgaben sowie soziale Leistungen so aufeinander abgestimmt werden, dass sich Erwerbsarbeit immer rechnet. Dabei darf die Belastung mit Steuern und Abgaben nicht sprunghaft steigen.

2. Was ist aus Ihrer Sicht noch alles zu tun, um die Gleichstellung am Arbeitsmarkt zu fördern und was unternimmt ihre Partei aktuell um die Gleichstellung am Arbeitsmarkt zu fördern?

Wir GRÜNEN kämpfen für die Selbstbestimmung von allen Frauen. Wir wissen, dass es mehrfache Diskriminierungen gibt. Eine Frau Özlem hat größere Probleme auf dem Arbeitsmarkt als Frau Müller. Das Verfahren der anonymisierten Bewerbung wollen wir ausweiten, um solche Diskriminierungen zu vermeiden.

Wichtig ist auch, dass mehr Frauen in Führungspositionen gelangen, weil sich dadurch die Unternehmenskultur verändert und es mehr Offenheit gegenüber der Beschäftigung von Frauen gibt.

Wir wollen auch Gleichstellungs-Standards verankern, um Frauen auf allen Ebenen unseres Wissenschaftssystems zu fördern. Wir wollen speziell Frauen mit einem Förderprogramm bei der Gründung von Unternehmen finanziell unterstützen.

Außerdem braucht es einen großen Strauß von flankierenden Maßnahmen, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu ermöglichen, die z.T. in anderen Fragen angesprochen werden.

Wir Grünen haben dazu im Bundestag viele Anträge gestellt. Auf kommunal- und landespolitischer Ebene haben wir viele Maßnahmen umgesetzt, z.B. auch die bessere finanzielle Förderung von frühkindlicher Bildung und Kinderbetreuungseinrichtungen.

3. "Frauen in Führungspositionen" ist in vielen Unternehmen und Organisationen ein Thema. Wie stehen Sie persönlich und Ihre Partei zu diesem Thema?

Wir GRÜNEN führen auch den Kampf weiter, in den Führungsgremien endlich Gleichberechtigung zu schaffen. Diese sind in Deutschland weitgehend Männerrunden. Daran ändert das bisherige Quotengesetz nur wenig: Es gilt für ganze 101 Unternehmen.

Wir wollen das ändern, mit einer 50-Prozent-Frauenquote für die 3.500 börsennotierten und mitbestimmten Unternehmen. Die Potenziale und Qualifikationen von Frauen zu verpassen, kann sich

dieses Land nicht weiter leisten. Darum wollen wir Maßnahmen für Führungspositionen auf allen betrieblichen Ebenen, in denen Frauen unterrepräsentiert sind. Denn nur so zieht Geschlechtergerechtigkeit in die Führungsetagen ein.

Auch die Führung in Teilzeit sollte für Frauen und Männer selbstverständlich möglich sein.

4. Was muss aus Ihrer Sicht noch alles getan werden, um geschlechtergerechte Gestaltung der aktiven Arbeitsmarktpolitik weiter voranzutreiben. Was diskutiert ihre Partei zu diesem Thema?

Gerade für Frauen in der Familienphase ist es kaum möglich, sich weiterzubilden oder auch beruflich zu verändern. Gute Bildung kostet Zeit und Geld. Beides ist für viele Menschen Mangelware. Die grüne BildungsZeit Plus sorgt mit einem Mix aus Zuschuss und Darlehen dafür, dass gerade Frauen, die heute noch viel zu selten an Weiterbildungen oder dem Nachholen von Schul- oder Berufsabschlüssen teilnehmen, die Zeit und die Kosten dafür aufbringen können.

Ausbildung und Umschulung in Teilzeit wird viel zu wenig praktiziert, dabei gibt es diese Möglichkeit schon länger. Mit mehr Information und Förderung wollen wir diesen Weg stärken.

Etliche andere Maßnahmen werden in den Folgeantworten beschrieben.

5. Nach wie vor sind es überwiegend die Frauen, die sich um die Kinder kümmern und dafür oftmals ihre Karriere vernachlässigen, während nicht einmal jeder dritte Vater überhaupt Elternzeit beantragt. Was muss in Politik und Gesellschaft geschehen, damit Beruf und Familie besser, sprich gerechter und gleichmäßiger, zwischen Müttern und Vätern aufgeteilt werden? Wie stehen Sie zu diesem Thema und was ist Ihre Forderung, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gerechter zu verteilen?

Wir brauchen vor allem in der Kinderbetreuung Strukturen, die eine Entscheidung für Beruf und Kind erst möglich machen. Deswegen habe ich vor 18 Jahren gemeinsam mit anderen Frauen den Tagesmütterverein im Landkreis Heidenheim gegründet und als Vorsitzende bis vor kurzem zu einem wichtigen Baustein in der Kinderbetreuung des Kreises ausgebaut.

Grüne Zeitpolitik unterstützt Menschen dabei, die Sorge für andere und die Anforderungen im Job unter einen Hut zu bringen und diese Arbeit zwischen Männern und Frauen fair zu verteilen. Für Kinderbetreuung, Pflege und Weiterbildung soll es möglich sein, finanziell abgesichert die Arbeitszeit zu reduzieren. Mit der „flexiblen Vollzeit“ können Beschäftigte ihre Arbeitszeit um bis zu zehn Wochenstunden reduzieren und wieder erhöhen.

Eine große Hürde für die Erwerbstätigkeit von Frauen ist das Ehegattensplitting. Wir wollen weiterhin anerkennen, dass Paare, sei es in der Ehe, in einer Lebenspartnerschaft oder einfach zu zweit, in vielfältiger Weise Verantwortung füreinander übernehmen. Aber das Ehegattensplitting ist unmodern und bildet die vielen Formen partnerschaftlichen Zusammenlebens nicht ab. Es ist auch das Ehegattensplitting, das finanzielle Anreize setzt für keine oder nur geringfügige Beschäftigung, für kleine Teilzeitjobs mit nur wenigen Arbeitsstunden; es birgt erhebliche Armutsrisiken in sich. Aus diesen Gründen werden wir zur individuellen Besteuerung übergehen und das Ehegattensplitting durch eine gezielte Förderung von Familien mit Kindern ersetzen.

Ich habe persönlich dafür gestritten, dass das neue Recht nur für Paare, die nach der Reform heiraten oder sich verpartnern, gilt. Für Paare, die bereits verheiratet oder verpartnert sind, ändert sich nichts. Sie können sich für eine Individualbesteuerung entscheiden, wenn sie vom grünen FamilienBudget profitieren wollen.

6. Ein gesetzliches Rückkehrrecht von Teilzeit auf Vollzeit wäre ein Schritt zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf und würde die Chancengleichheit zwischen Mann und Frau verbessern. Wie stehen Sie persönlich zu einem gesetzlichen Rückkehrrecht von Teilzeit auf Vollzeit? Wie sehen Sie aus Ihrer Sicht die Chancen, auf einen politischen Erfolg Ihrer Partei ein gesetzliches Rückkehrrecht von Teilzeit auf Vollzeit durchzusetzen?

Nach der Familienphase oder zur Reduzierung aus anderen Gründen, z.B. wegen häuslicher Pflege braucht es Unterstützung beim Wiedereinstieg in den Beruf: Wir wollen deshalb endlich das Rückkehrrecht auf Vollzeit einführen. Das gehört zu unseren politischen Zielen.

7. Arbeitszeit- sicher, gerecht, selbstbestimmt Arbeitszeit, die zum Leben passt. Wie stehen Sie persönlich dazu?

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer brauchen mehr Mitspracherechte über das Wieviel, Wann und Wo ihrer Erwerbstätigkeit.

Dafür schlagen wir einen Vollzeit- Arbeitszeitkorridor im Bereich von 30 bis 40 Stunden vor. Innerhalb dieses Stundenkorridors sollen Beschäftigte ihren Arbeitszeitumfang frei bestimmen können. Um Beschäftigten wie Unternehmen Planungssicherheit zu geben, müssen dabei Ankündigungsfristen eingehalten werden. Nur dringende betriebliche Gründe sollen die Anpassung der Stundenzahl verhindern können.

Der bestehende Rechtsanspruch auf Teilzeit soll um ein Rückkehrrecht auf den früheren Stundenumfang, um ein Recht auf Homeoffice als Ergänzung zum festen Arbeitsplatz, sofern dem keine wichtigen betrieblichen Belange entgegenstehen, und um eine Mitsprache bei der Lage der Arbeitszeit ergänzt werden.

8. Gute Bildung schützt vor Arbeitslosigkeit. Die Chancen auf gute Bildung sind aber ungerecht verteilt. Sie hängt noch immer stark von der eigenen Herkunft ab - 84 Prozent der Kinder von Eltern mit Abitur gehen selbst aufs Gymnasium. Aber nur 31 Prozent der Kinder, bei denen kein Elternteil über die Hochschulreife verfügt. Im Beruf selbst das gleiche ungleiche Bild. Nur 20 Prozent der Beschäftigten mit einfachen Tätigkeiten nehmen an betrieblicher Weiterbildung teil. 93 Prozent der Beschäftigten fordern laut der IG Metall-Befragung 2017 eine Bildungspolitik, die Bildungserfolge unabhängig von der sozialen Herkunft ermöglicht und das Recht auf betriebliche Fortbildung. Wie stehen Sie zu der Forderung der IG Metall?

Ich teile die Forderungen der IG Metall, gehöre ich doch selbst zu denjenigen, die aus einer, heute sagt man „bildungsfernen“ Familie stammen und durch eine gute Bildung gute und sichere Arbeit haben.

Die GRÜN-geführte Landesregierung hat die Weichen für mehr Bildungsgerechtigkeit im Land gestellt. Dasselbe wollen wir im Bund erreichen durch mehr Geld für Bildung, insbesondere den Ausbau von Ganztagsangeboten, für eine bessere Kita-Qualität und intakte und gut ausgestattete Schulen. Unser Investitionspaket für bessere Infrastrukturen in Bildung, Ausbildung und Wissenschaft umfasst ein fünfjähriges Schulsanierungsprogramm und ein Modernisierungsprogramm für die Ausstattung von Hochschulen.

Wir investieren auch verstärkt in die Qualifizierung und Weiterbildung von Beschäftigten und Arbeitslosen, um sie für Berufe mit Zukunft fit zu machen und damit ihre Jobchancen zu verbessern. Dafür wollen wir die Arbeitslosenversicherung zu einer umfassenden Arbeitsversicherung weiterentwickeln.

9. Viele Menschen fürchten die Abwärtsspirale am Arbeitsmarkt. 2016 gab es mit über einer Million so viele unsichere Leiharbeits-Jobs wie noch nie. Die Hälfte der Leiharbeitsverhältnisse ist nach drei Monaten aber schon wieder beendet - 29 Prozent sogar schon nach einem Monat. Viele quälen sich durch unbegründete Dauer- und Kettenbefristungen. Eine Lebens- und Familienplanung ist damit nicht möglich. Wie stehen Sie zur Abschaffung sachgrundloser Befristungen, Minijobs und prekärer Soloselbstständigkeit?

Bei der Flexibilisierung der Arbeit im Rahmen der Agenda 2010 ist das Pendel zu weit ausgeschlagen. Wir haben schon vor der letzten Wahl die Abschaffung der sachgrundlosen Befristungen gefordert. Auch die Umwandlung von Minijobs in sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse und die Bekämpfung prekärer Soloselbstständigkeit durch das Schließen von Gesetzeslücken gehören zu unseren Zielen.

10. Mehr als zwei Millionen Pflegebedürftige werden zu Hause von ihren Angehörigen versorgt. Aber nur 39.000 Menschen nehmen mit der Pflegezeit oder Familienpflegezeit eine Freistellung oder befristete Teilzeit in Anspruch. Das Problem: Die Menschen wollen keine Schulden für die Pflege machen müssen. Über 84 Prozent der Beschäftigten fordern laut der aktuellen Beschäftigtenbefragung der IG Metall einen steuerfinanzierten Entgeltausgleich für Kindererziehung, Pflege oder Weiterbildung. Wie stehen Sie zu dieser Forderung der IG Metall?

Für Kinderbetreuung, Pflege und Weiterbildung soll es möglich sein, finanziell abgesichert die Arbeitszeit zu reduzieren. Diese Absicherung muss aus Steuern finanziert werden, denn es handelt sich um Leistungen, die letztendlich der gesamten Gesellschaft zu gute kommen.

11. Beschäftigte müssen sich auf eine sichere und auskömmliche Rente verlassen können. Die Politik muss endlich wieder den Lebenswirklichkeiten der Menschen Rechnung tragen. Nur eine starke und verlässliche gesetzliche Rente, und nicht die Verlagerung des Vorsorgerisikos auf den Einzelnen, kann die Lösung sein. Nicht einmal jeder Zweite kann sich vorstellen, bis zum jetzigen Renteneintrittsalter von 67 Jahren durchzuhalten. Dementsprechend drohen neben dem sinkenden Rentenniveau vielen Menschen hohe Abschläge bei der Rente. Der Aufruf zur privaten Renten-Absicherung ist ein Irrweg. 85 Prozent der Beschäftigten sagen laut IG Metall-Befragung: Das Rentenniveau muss mittelfristig erhöht werden, auch wenn dadurch die Beiträge steigen. Unterstützen Sie das oder stimmen Sie ein, in den Chor der Rufe nach weiteren faktischen Rentenkürzungen durch ein immer höheres Renteneintrittsalter?

Ich setze mich dafür ein, dass die Rente den Lebensstandard im Alter sichert. Deswegen stehen wir Grünen für eine starke gesetzliche Rentenversicherung unter Beibehaltung des aktuellen Rentenniveaus und eine Garantierente. Mit einer Garantierente, die derzeit ca. 860 € betragen würde, läge das Rentenniveau für Risikogruppen deutlich über 75% und würde das Existenzminimum sichern. Das breite Anheben des Rentenniveaus sichert leider nicht den Lebensstandard von Beitragszahler*innen, die wenig verdient oder wenig bzw. unterbrochene Beitragszeiten haben.

Deswegen trete ich dafür ein, dass das heutige Rentenniveau nicht weiter sinkt und die Rentenbeiträge in einem moderaten Rahmen bleiben. Denn auch junge Versicherte, die z.B. gerade eine Familie gründen oder gegründet haben, dürfen nicht zu stark mit Beitragszahlungen belastet werden und müssen dennoch die Aussicht auf eine stabile und angemessene Rente haben.

Aus diesem Grund setzen wir Grünen auf ein Bündel von Maßnahmen zum Erhalt einer Rente, die den Lebensunterhalt sichert. Das reicht von der Lohngleichheit für Frauen und dem Ersatz von Minijobs durch sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse über die gerechte Bezahlung von Leiharbeit und die Eindämmung von befristeten Jobs bis zur schrittweisen Einführung der Bürgerversicherung. Dazu gehört auch die Steuerfinanzierung von versicherungsfremden Leistungen.

Grundsätzlich halten wir an der Rente mit 67 fest. Wir wollen es Menschen aber leichter machen, selbst darüber zu entscheiden, wann sie in Rente gehen wollen. Dazu fördern wir eine echte Altersteilzeit durch eine attraktive Teilrente ab 60 Jahren, die insbesondere Arbeitnehmer*innen in belastenden Berufen zugutekommt.

Für Menschen, die länger arbeiten wollen, soll sich das lohnen. Damit sie eine höhere Rente erhalten, führen wir einfache Hinzuverdienstregeln ein und erleichtern es, Teilrente und Erwerbseinkommen zu kombinieren. So erleichtern wir es Menschen, selbst zu bestimmen, wann sie in Rente gehen.

Arbeitnehmer*innen, die nicht mehr arbeiten können, sollen nicht länger auch noch dafür bestraft werden, deshalb schaffen wir die Abschläge bei der Erwerbsminderungsrente ab.

12. Wir brauchen endlich wieder eine Steuerpolitik, die für einen solidarischen Ausgleich sorgt und den Zusammenhalt der Gesellschaft stärkt. Allerdings ist gerade in Deutschland die Ungleichheit bei der Vermögensverteilung außerordentlich hoch. Die ärmere Hälfte der Haushalte verfügt insgesamt nur über rund ein Prozent des Nettovermögens - während die vermögensstärksten zehn Prozent der Haushalte mehr als die Hälfte des gesamten Nettovermögens besitzen. Doch die Vermögensteuer wird nicht erhoben. Und während der individuelle Lohnsteuersatz bis zu 42 Prozent beträgt, müssen Einkünfte aus Kapitalerträgen nur mit 25 Prozent versteuert werden. 77 Prozent der Beschäftigten fordern laut IG Metall mehr Verteilungsgerechtigkeit durch eine stärkere Besteuerung hoher Einkommen, hoher Vermögen und großer Erbschaften. Auf welcher Seite stehen Sie?

Starke Schultern können mehr tragen. Vermögende können mehr zu unserem Gemeinwesen beitragen. Wir GRÜNE wollen eine verfassungsfeste, ergiebige und umsetzbare Vermögenssteuer für Superreiche. Selbstverständlich legen wir dabei besonderen Wert auf den Erhalt von Arbeitsplätzen und die Innovationskraft von Unternehmen.

Die Große Koalition hat die Erbschaftssteuer komplizierter und nicht gerechter gemacht. Sollte sie abermals vor dem Bundesverfassungsgericht scheitern, werden wir ein einfaches und gerechtes Erbschaftssteuermodell entwickeln, das mit dem Grundgesetz übereinstimmt.

Wir wollen kleine und mittlere Einkommen durch eine Erhöhung des Grundfreibetrags entlasten und zur Gegenfinanzierung den Spitzensteuersatz oberhalb von 100.000 Euro an zu versteuerndem Single-Einkommen erhöhen. Für Mittelstand, Selbständige und Arbeitnehmer*innen wollen wir das Steuersystem gleichzeitig vereinfachen, um sie dadurch zu entlasten.

Zur Steuergerechtigkeit trägt auch das Verhindern von Steuervermeidung bei. Panama Papers, Offshore- oder Luxemburg-Leaks – wir nehmen nicht hin, dass Konzerne und Superreiche mithilfe von Bankgeheimnis, Steuerdumpingländern und anderen Steuerlücken ihren Beitrag zum Gemeinwohl unterschlagen. Darum kämpfen wir für ein international verbindliches Regelwerk, das Mindeststandards für die Steuerpflichten von Unternehmen und Staaten setzt.

Auch zu Hause werden wir aktiv: Banken und Kanzleien untersagen wir Geschäfte mit unkooperativen Ländern, internationale Konzerne müssen ihre Gewinne nach Ländern aufschlüsseln und Briefkastenfirmen entziehen wir durch ein Transparenzregister die Grundlage. So sorgen wir dafür, dass alle Unternehmen ihre Verantwortung für das Gemeinwesen wahrnehmen und ihren steuerlichen Beitrag leisten – der internationale Kaffeekonzern ebenso, wie es heute schon der oder die Bäcker*in an der Ecke tut.